

# Danziger Zeitung.

№ 8978.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 13 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhägergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaffee-Post-annahmen angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 S. Auswärts 5 M. — Inserate, pro Blatt-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretschmer und Rud. Koffe; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hansen u. Vogler; in Frankfurt a. M.: S. P. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 17. Febr. General Martimpres in

Der officiële „Moniteur“ erklärt die Mittheilung der „Augsb. Allg. Ztg.“, der Minister des Auswärtigen, Herzog v. Decazes, habe den französischen Generalconsul in Belgrad zur Ablegung des Titels „Diplomatischer Agent“ aufgefordert, für unrichtig. Die Regierung sei auch von keiner Seite zu einem solchen Schritte veranlaßt worden.

Verfaßtes, 17. Febr. Die Nationalversammlung erledigte gestern mehrere kleine Gesetzentwürfe und vertagte sich dann bis Freitag. Vor Beginn der Beratungen beschuldigten die Deputierten Saffet und Vorgeril (Rechte) den Präsidenten Buffet, durch Ueberweisung der von Waddington und Baurain eingebrachten Gesetzentwürfe an die constitutionelle Commission die Geschäftsordnung verletzt zu haben, welche, nachdem das Senatsgesetz ordnungsmäßig verworfen war, eine erneute Beratung desselben Gegenstandes vor Ablauf von drei Monaten unterlagte. Der Präsident wies nach, daß er die Geschäftsordnung nicht verletzt habe. — Es folgte darauf die Berichterstattung der Untersuchungskommission über die Wahl Bourgoing's im Niederrheindepartement mit den Aussagen des Pariser Polizeipräsidenten Leon Renault über das bonapartistische Centralcomité.

Brüssel, 17. Febr. In der gestrigen Senats-Sitzung interpellirte Anthon die Regierung, ob Belgien sich bei der Petersburger internationalen Konferenz betheiligen werde. Der Minister des Aeußeren erwiderte, er wisse nicht, wo und wann die Konferenz zusammentrete. Die Regierung betrachte die Frage, welche Haltung Belgien dieser Angelegenheit gegenüber einnehmen solle, für sehr wichtig und beschäufte sich mit Erörterung derselben; sie habe aber noch nicht hinlänglich Stellung dazu genommen, um bestimmte Erklärungen abgeben zu können, die auch den abzuwartenden Verhandlungen schaden könnten.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 16. Febr. Dem Herrn von nach hat der Abgeordnete Jörg bei der clericalen Fraction den Antrag gestellt, eine Adresse an den Kaiser zu richten, um in derselben gegen das Ministerium wegen Einführung des Civilheiraths Beschwerde zu führen.

Peft, 16. Febr. Die von Tisza in der heutigen Audienz beim Kaiser abgegebenen Erklärungen haben letzteren, seinem Vernehmen nach, bestimmt, die Fusionsverhandlungen zwischen den beiden großen Parteien fortsetzen zu lassen. Zum Vertrauensmann bei den Verhandlungen hat der Kaiser den gegenwärtigen Chef des Cabinets, Witto, bezeugt.

Paris, 16. Februar. Der Marschall Mac Mahon hat unter dem 12. d. M. ein Schreiben an den Finanzminister gerichtet, in welchem er denselben auffordert, den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung resp. Herabsetzung der Pensionen der gedienten Militärs zurückzuziehen.

## Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 16. Februar.

Das Haus genehmigt den Antrag des Abg. Stas, daß das Strafverfahren gegen den Abg. Roederath für die Dauer der gegenwärtigen Session aufgehoben werde. Desgleichen werden die Gesetzentwürfe betreffend die Theilung des Kreises Conis und betreffend einige Abänderungen der directen Steuern in den Hohenzollern'schen Ländern ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Abg. Reichensperger: Mit dieser Vorlage scheint mir der Cultusminister eine Abwechslung in die Monotonie des bisherigen Kulturkampfes hineinbringen zu wollen, der bisher nur in Verfolgungen, Verurtheilungen, Einberufungen, Amtsentsetzungen, Verbannungen und Consequenzen von Kirchenvermögen bestand und auf diesem Wege die gesamte Staatsregierung bis zu dem untersten Polizeibeamten herab in eigenloser Thätigkeit gehalten hat. Der Minister braucht eine veränderte Scenerie und betritt jetzt das Gebiet der materiellen Interessen in der Hoffnung wenigstens, hier einen gewissen Succurs seitens der katholischen Laienbevölkerung zu erlangen. Die Motive des Gesetzes geben davon aus, daß der Einfluß des katholischen Clerus gehoben werden müsse und daß diese Vorlage eine notwendige Consequenz der Maigelese sei. Ich gebe zu, daß diese Consequenz dazu zwingt, auf demselben Wege weiter zu gehen. Allein eine Staatsregierung, die solche Consequenzen zu ziehen unternimmt, hat sich doch zunächst zu fragen, wie es denn mit den bisherigen Erfolgen der Maigelese beschaffen ist. Davon steht in den Motiven kein Wort, und zwar mit gutem Grund, denn unüberleglich und unüberlegt steht die Thatsache da, daß diese Erfolge aus nichts anders zeigen, als das andauernde Bild einer Christen- und Kirchenverfolgung im 19. Jahrhundert. Ich bin überzeugt, daß die Regierung diese Folgen in der That nicht gewollt hat, sondern daß sie nur den Zweck hatte, die Kirchen- und Religionsgesellschaften in Preußen der unbedingten Staatsomnipotenz zu unterwerfen, d. h. das Gegenbild von dem zu schaffen, was der ursprüngliche Art. 14 der Verfassung festlegte. Wir haben es der Regierung von vornherein gesagt, daß sie diesen Zweck nicht erreichen werde und könne, denn sie hat es nicht mit der Ruine einer abgethanen Kirche, sondern mit einer lebenskräftigen Organisation zu thun, deren Kraft, Macht und Freiheit

allen äußeren und mechanischen Mitteln der Gewalt unerschütterlich ist. Die Thatsachen haben diese unsere Voraussetzungen glänzend bestätigt. — Die gegenwärtige Vorlage ist mit der Verfassungsurkunde nicht vereinbar. Die Motive selbst erkennen an, daß nach dem ursprünglichen Wortlaut des Art. 15 der Verfassung dieses Gesetzes unzulässig gewesen wäre. Aber durch den beschlossenen Zusatz zum Art. 15 ist der obere Grundgedanke dieses Artikels, nämlich, daß die evangelische und die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen, in keiner Weise aufgehoben oder alterirt worden. (Widerspruch links.) Soll also überhaupt diese Vorlage von Ihnen beraten werden, so ist unbedingt vorher eine nochmalige Verfassungsänderung nothwendig. Sie wollen also in dieser Vorlage die ganze Organisation der Kirchengemeinde, den Modus der gesammten Gliederung dieser Körperschaft gesetzlich feststellen. Erinnern Sie sich denn nicht mehr, wie im vorigen Jahre die evangelische Gemeindeordnung zu Stande kam? Etwa durch Gesetz? Keineswegs, sondern einzig und allein durch den Beschluß und die Verordnung des preussischen Landesbischofs, des künftigen Landesherren, ohne jegliche Betheiligung der gesetzgebenden Factoren. Und heute legt dieselbe Staatsregierung, die noch im vorigen Jahre unter Ablehnung der Competenz der gesetzgebenden Factoren eine evangelische Kirchenordnung hergesteuert hat, eine ungeschätzte parallel laufende, natürlich sehr verschlechterte Kirchenordnung für die katholischen Gemeinden dem Landtage vor? Wenn das vom Hause acceptirt werden sollte, dann müßte es in der That weit gekommen sein. Es wird von den Gegnern darauf hingewiesen, daß es den Bischöfen gelungen sein soll, seit 1848 und 1850 in der kirchlichen Verwaltung immer mehr Terrain zu gewinnen und berechtigte Institutionen durch Usurpation zu verflummern. Auf alle diese Vorwürfe antworte ich: Alles, was in Preußen in dieser Richtung die Bischöfe gethan haben, ist nicht bloß unter Zustimmung, sondern auf directe, ausdrückliche Anweisung der Staatsregierung geschehen. In dem Circularerlasse des Ministers Vadenberg wird bereits 1849 ausdrücklich erklärt, daß nach Artikel 12, jetzt 15 der Verfassung, die gesammte Verwaltung des Vermögens und der kirchlichen Angelegenheiten fortan vom Staate abzutrennen und dem Episcopat zu übergeben sei. Von sämmtlichen nachfolgenden Ministern und Ober-Präsidenten sind in diesem Sinne Erlass- und Regulative ergangen, und ebenso ist bei der Revision der Verfassung und späterhin in der preussischen Kammer dieser Standpunkt als der nach der Verfassung allein correcte anerkannt worden; ja noch 1867 wurde von unserer gegenwärtigen Regierung derselbe Standpunkt eingenommen. Redner rügt namentlich das Wahlrecht in der Vorlage. Kirchliche sind ausgeschlossen vom activen und passiven Wahlrecht; in der evangelischen Kirchenordnung geschieht das nicht. — W. S., wollen Sie wirklich auf diesem Wege weitergehen? Ich kann mir kein gerütteltes Staatswesen denken, als dasjenige, in welchem, wie jetzt in Preußen, von Tag zu Tag mehr das religiöse Bewußtsein und die Religionsfreiheit der Staatsbürger eines dritten Theils der gesammten Bevölkerung so sehr verletzt, ihre Geduld auf eine so gefährliche Probe gesetzt wird. (Sehr wahr! Beifall im Centrum.) Diese Feuerprobe ist bisher bestanden worden und ich hoffe, daß dies auch fernerhin der Fall sein wird; aber in dieser Thatsache liegt auch nicht der Schatten einer Verminderung der Verantwortlichkeit derer, die diesen Zustand geschaffen haben. Ich hoffe und vertraue, daß es nicht zu spät sein wird, zur Entzehr und zur Umkehr zu gelangen. (Beifall im Centrum. Zwischen links.)

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich begrüße, wie ich hoffe, in Uebereinstimmung mit allen Mitgliedern, die nicht der Partei des Vorredners angehören, dieses Gesetz mit herzlichster Freude; es wird in demselben nicht nur eine alte Forderung des Liberalismus, sondern der katholischen Kirchengemeinden selbst erfüllt (Widerspruch im Centrum), so lange sie noch frei ihre Meinung äußern dürfen. Nur der Schicksal des ultramontanen Auges konnte darin eine Spur von Kirchenverfolgung erblicken. Wir schaffen den katholischen Geistlichen die Möglichkeit, sich eine ordentliche Erziehung für ihren Beruf zu verschaffen, wir stellen sie reichlich mit Geldmitteln aus und schaffen ihnen eine ordentliche Vermögensverwaltung, das nennt man Kirchenverfolgung! Ich habe schwere Bedenken gehabt, den Maigelesen zuzustimmen, aber mit dem Bräutigam dieses Gesetzes kann ich mich frei und selbstlos einverstanden erklären. Wenn der Kampf, in dem wir uns leider jetzt befinden, weil Sie (im Centrum) ihn mit einer beispiellosen Hartnäckigkeit fortführen, nicht manches brave und redliche Herz bedrängt und in die jenseitigen Verhältnisse nicht nur der Gemeinde, sondern auch der Familie einfließen, worin ich Sie im Centrum zum größten Theil verantwortlich mache, dann würde man mit großer Freude diesen Kampf begrüßen können, weil er uns so herrliche Früchte gereicht hat: das Schulgesetz, das Juitengesetz, die Civilheiraths-Gesetze, welches die Gemeinden wieder in die ihnen entziffenen Rechte einsetzt; der Kampf wird uns auch neben manchen andern schönen Gaben auch beständig das Unterrichtsgesetz bringen. (Beifall.) Es ist deshalb sehr richtig, wenn man Sie (im Centrum) vergißt hat mit jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. (Zustimmung.) Das Gesetz widerspricht keinem katholischen Dogma, wohl aber den Herrschaftsgesetzen der Hierarchie. Die Herren im Centrum sind ja immer bereit, sich auf die Verfassungsurkunde und die staatlich garantierte Freiheit zu berufen; ich meine, wer sich des höchsten Vorrechtes freiwillig und bedingungslos bezieht und seinen Willen dem Willen einer anderen Persönlichkeit unterwirft, der ist nicht werth, den Namen eines freien Mannes zu führen; ein Recht der Kirche kann ja kein freier Bürger sein. (Bewegung.) Der vorliegende Entwurf beruht auf dem ganz richtigen Grundgedanken, daß die Gemeinde die Trägerin des Kirchenvermögens sei. Dieses Prinzip erkennen auch die hervorstechendsten deutschen Kirchenrechtler an. Das ist ebenfalls die Ansicht des Landesrechts; im Gebiet des französischen Rechts gilt sogar der Grundgedanke, daß die bürgerliche Gemeinde das alleinige Rechtssubject sei. Ich habe manche Bedenken gegen einzelne Punkte dieses Gesetzes, die Schwierigkeiten sind ja auch bedeutend, aber nicht unüberwindlich; ich beantrage deshalb, das Gesetz an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen. Wenn

die §§ 3 und 4 das Kirchenvermögen specialisiren und darunter auch zu „Schulzwecken“ zu verwendendes aufzuführen, so hoffe ich, das Unterrichtsgesetz wird alle diese Gelder vereinigen und allein auf das Gebiet der Schule concentriren. Ebenso hoffe ich, daß ein Kirchenhofgesetz die Kirchhöfe wirklich zu Friedhöfen machen wird, auf welchen alle Confectionen ruhig neben einander liegen. (Sehr gut!) Ich hoffe, die Zeit ist nicht mehr ferne, wo Sie Ihren beklagenswerthen Irrthum einsehen werden, unter dem wir so viel und so bitter leiden, wo wir uns brüderlich die Hand reichen und gemeinschaftlich das Wohl des Vaterlandes fördern. Dieses Gesetz bietet die Grundlage zur Verbesserung und in diesem Sinne wollen wir dasselbe annehmen. (Lebhafter Beifall, Zischen im Centrum.)

Abg. Dautenberg (Pfarre in Kaiserswerth): Ich bekämpfe die Vorlage in dem höchsten Bewußtsein, die Rechte der katholischen Kirche zu vertheidigen. Ich verleihe meine Hände nicht und bekenne offen, daß ich ein Ultramontaner bin. (Heiterkeit.) Gleichwohl ist mein Standpunkt zu der gegenwärtigen Vorlage nicht ein absolut ablehnender, wie es den Maigelesen gegenüber war; ich halte den Entwurf vielmehr bei Veränderungen unter gewissen Bedingungen für annehmbar. Die Tendenz der Vorlage ist allerdings, wie die der Maigelese, eine der katholischen Kirche feindliche, doch hat sie das innere Lebensgebiet der Kirche nicht direct betreten. Jedoch hätte sich die Staatsregierung einfach darauf beschränken müssen, darüber zu machen, daß die Vermögens-Verwaltung seitens der Bischöfe, denen sie nach dem bestehenden Kirchen-Rechte zusteht, ordnungsmäßig gehandhabt werde. Der evangelischen Kirche hat man das Recht gelassen, das Kirchenregiment durch die dazu berufenen kirchlichen Organe zu führen; der katholischen aber nimmt man es, wiewohl die bischöfliche Verwaltung des Kirchenvermögens eine unentbehrliche gewesen ist. Die Frage nach der Angehörigkeit zur katholischen Kirche zu lösen, ist der Staat nicht befugt, denn zu dieser Angehörigkeit gehört die Beobachtung der Sagen der Kirche und vor Allem die gläubige Unterwerfung unter die von Gott gestellte Autorität. Diese Unterwerfung ist keineswegs Kirchenthum (lebhafter Widerspruch), sondern die allgerühmte Freiheit. (Heiterkeit.) Man muß deshalb die Lösung dieser Frage den kirchlichen Organen überlassen. Im vorigen Jahre habe ich zu Ihnen Worte der Versicherung gesprochen; ohne Erfolg; darin aber habe ich Recht behalten, daß der katholische Clerus treu zu seinen kirchlichen Oberen steht. Ich hoffe, daß die für die Vorberatung des Entwurfs niederzulegende Commission die Vorlage so amendiren wird, daß wir uns auch auf diesem Gebiete wieder zusammenfinden können, wie wir uns auf einem anderen Gebiete so außerordentlich schon zusammengefunden haben. (Beifall im Centrum.)

Cultusminister's Fall: Die Staatsregierung ist sich bewußt, alles gethan zu haben, was möglich war, denn nahezu drei Jahre haben die Vorberathungen über diesen Entwurf gedauert, welcher in einer Reihe von verschiedenen Formulierungen zur weiteren Erörterung gekommen ist. Auf Details will ich mich nicht einlassen. Hr. Reichensperger hat behauptet, diese Vorlage sei nur eine Consequenz der Maigelese. Sein Fraktionsgenosse Dautenberg hat eine solche Consequenz nicht anerkannt und dieselbe bezieht in der That nicht. Die Maigelese sind regressiver, dieses Gesetz ist organisatorischer Natur. Die Verfassungsmäßigkeit des vorliegenden Entwurfs kann nicht bestritten werden auf Grund des jetzigen Wortlauts des Art. 15. Aus den Verhandlungen über die Aenderung des Art. 15 geht hervor, daß man durch die neue Formulierung jedes Bedenken gegen eine Aenderung der Vermögensverwaltungs-Angelegenheiten hat ausschließen wollen. Im Allgemeinen Anrecht ist nach dem Ausspruch des Obertribunals der Träger des Kirchenvermögens nicht die abstracte Kirche, nicht die Kirche einer bestimmten Diöcese, sondern die Gemeinthe. Der Satz ist also nichts Neues. Es wird mir von den Mitgliedern des Centrum's so oft entgegengehalten, ich verstehe nichts von katholischen Dingen. (Sehr wahr! im Centrum.) Beinahe fühle ich mich verläßt, hier die Sache umzukehren, aber ich will nicht so groß sein. (Heiterkeit.) Die evangelische Kirche hat in Gemeinde- und Synodalordnung mit einer lange als richtig erkannten Schritt, gezwungen durch die Entwicklung der Dinge, setzten, soweit sie ihn thun konnte. Sie hat nämlich die Verwaltung der Interna der Kirche in dieselbe Hand gelegt, die auch die Externa leitet. Hieran handelt es sich nur darum, durch Gesetze bestimmten Körpern die Functionen zu übertragen, die bisher die auf Gesetz beruhenden Kirchenvorstände gehabt haben. Man hält sich nun an eine frühere Aeußerung eines Vertreters der Regierung, wonach es diesem Hause nicht zustehe, eine Aenderung der Kirchen-Gemeinde- und Synodalordnung vorzunehmen. Es ist aber nur darauf hingewiesen worden, daß diese Gemeindeordnung die betriebsfähigen Organe als solche einstellt, die nicht nur die Externa, sondern auch die Interna der Kirche zu ordnen haben. An einer solchen Position konnte das Haus allerdings aus eigener Machtvollkommenheit Nichts ändern. Der principielle Gesichtspunkt ist also derselbe, wie im vorigen Jahr, nur beistaltet die Betriedenheit der Verhältnisse praktisch anders gestaltet. Endlich bin ich von den Rednern des Centrum's provocirt worden, Beispiele von unordentlicher Vermögensverwaltung der Bischöfe vorzuführen. Ich will deshalb Einiges aus Berichten vortragen, welche der Staats-commission zur Verwaltung der Diöcese Gnesen an mich gerichtet hat: Die bischöflichen Kassenbeamten haben am 8. Juni die Confflorialkaffe abgeschossen und dieser Abschluß ergab einen Barbestand von etwas über 52,000 M. Am 9. Juni erfolgte auf Grund dieses Abschusses die Beschlagnahme und es ergab sich bei Ueberzählung der Kasse ein Barbestand von etwas über 83,000 M. (Hört! Hört!) Es fehlt an allem und jedem Anhalt, woher dieses Plus von 31,000 M. gekommen war. (Hört! Hört!) Eine Untersuchung ergab nun, daß fast 10 Jahre lang in der Gnesen'schen Confflorialkaffe Unterschlagungen der allergrößten Art von dem Rentanten verübt, daß das Confflorium, ja auch der Erzbischof Jahre lang darum gewußt, (hört!) ohne, daß irgend welche Maßregeln ergriffen wurden, der heillosen Unordnung in der Kassenverwaltung zu steuern. Es ist gerichtlich festgestellt, daß nicht nur Collectengelder

(Peterspennige) in Höhe von vielen Tausend Thalern, nicht nur die Jinsen verschiedener hier verwalteter Stiftungen unterschlagen sind, sondern auch mehrere Stiftungs-capitalien spurlos verschwunden sind (Hört! Hört!). die darüber Auskunft gebenden Actenstücke vernichtet und so jeder Versuch von vornherein vereitelt ist, die Sachen weiter zu verfolgen. Dieselbe Vernachlässigung und Unordnung findet sich in allen Verwaltungs-Abtheilungen. Als Beispiel führe ich an, daß dem dortigen Priesterseminar ein schönes Rittergut (Brasizewo) gehört, auf welchem man sämmtliche Gebäude derart verfallen lassen, daß sie gar nicht reparaturfähig sind. Während der ganzen letzten Bauperiode von 21 Jahren sind nur drei Baurevisionen, die letzte vor sieben Jahren, gehalten, obgleich eine solche alljährlich angeordnet ist. Es müssen alle Gebäude in kürzester Frist neu aufgebaut werden, da sonst dieselben wegen Baufälligkeit polizeilich abgetragen werden müßten. (Hört! Hört!) Bei dieser Baufast wird natürlich die nächste Bauperiode für die Reueuiren des Priesterseminars äußerst ungünstig, und dabei sind 18,000 M. Ersparnisse aus dem Seminarfonds vorhanden, deren Disposition sich der Erzbischof allein vorbehalten hat und trotz vielfacher Bitten des bedrängten Pächters des Seminargutes Brasizewo nicht zu bewegen war, für die Bauten auf dem Seminargut etwas herauszugeben. (Hört! Hört!) Wie es mit der Vermögensverwaltung der einzelnen Pfarreien stehen mag, läßt sich bis jetzt noch gar nicht übersehen. Die Controlle, welche die geistlichen Oberen hierüber ausüben, war gleich Null und beschränkte sich auf Festhaltung des Etats, den näher zu prüfen sich Niemand die Mühe nahm. Nur bei den Pfarreien fiscalischen Patronats wurde seitens der Patronatsbehörde auf eine gehörige Rechnungslegung gehalten. Bei allen übrigen Pfarreien hing es lediglich von dem Willen des Pfarrers ab, ob und wie er Rechnung legen wollte. Der Beamte, der diesen Bericht geliefert, erzählt ferner: Sie erlauben, daß ich die Namen der betheiligten Personen und der Orte nur mit dem Anfangsbuchstaben nenne. (Rufe: Nein! Wir bitten um die Namen!) Ich werde Sie Ihnen nennen, wenn ich fertig bin und Sie sie dann noch hören wollen. (Große Heiterkeit.) Der Pfarre K. in B., welcher die Kirche gehörigen Capitalien aufbewahrt, ist 1869 gestorben. Die Erben desselben machten auf Werthpapiere Anspruch, welche von der Kirche als ihr Eigenthum gleichfalls beansprucht wurden. Da eine Einigung nicht stattfand, kam es zum Prozeß, der nach Lage der Acten noch in der zweiten Instanz zu schweben scheint. Der Nachfolger des P. K. in B., aufgefördert, aus den Kirchenacten den Nachweis zu führen, daß die beanspruchten Effecten wirklich der Kirche gebühren, berichtet an das Confflorium, er habe die Acten genau durchgesehen, aber nichts darin finden können, was als Beweismaterial dienen könnte. In den Acten seien amtliche und Privatpapiere gemischt, außerdem seien sie so unübersichtlich, daß es unmöglich sei, daraus etwas klar zu erleben; übrigens schließen sie alle mit dem Jahre 1865. (Hört!) Das Confflorium erklärt in seinem Schreiben an den Anwalt der Erben: Der verstorbene P. K. war in der Kassenbuchführung in der letzten Zeit sehr nachlässig und ließ sich aus den von ihm geführten Acten über den Bestand mehrerer Kirchencapitalien nichts Näheres annehmen. 2) Als der P. K. in G. im Jahre 1871 gestorben, stellte sich heraus, daß zwei von denselben für die Kirche in Empfang genommene Schenkungen von 100 M. und 50 M. nicht vorhanden waren, daß auch von der Schenkung von 100 M. dem Confflorium keine Anzeige gemacht war. (Hört!) Endlich schloß die Kirchenrechnung für 1869 mit einem Voranschlag von 481 M. ab, welche der K. vorgeschossen haben soll. Als der Kirchenvorstand angegangen wurde, den Voranschlag zu erstatten, erklärte derselbe, daß ihm von den Vorständen des P. K. gar nichts bekannt sei, der P. K. habe die Vorstandsmitglieder in diese Dinge nie einen Einblick thun lassen, auch haben sie die Rechnung pro 1869 gar nicht mit unterzeichnet. Im Uebrigen hätte die Gemeinde noch Ansprüche an den verstorbenen P. K. aus Collecten, die sie jedoch nur dann zur Geltung bringen will, falls man von ihnen den Erlass der gedachten Voranschläge verlangen sollte. Es ist auch von der Erstattung der 481 Thaler durch die Gemeinde Abstand genommen und vom Erzbischof angeordnet worden, daß dieser Voranschlag aus den Ueberschüssen der nun eingeleiteten Administration der Pfarre erstattet werde. (Heiterkeit.) Außerdem wurden noch einige kleinere Ansprüche seitens der Kirche geltend gemacht. Später haben die Erben des P. K. der Erbschaft entagt und ist auf diese Weise die Sache erledigt worden. — 3) Als der Decan W. in S. 1867 gestorben war, stellte die Kirche bedeutende Anforderungen an den Nachlass desselben; nach der Liquidation des Nachfolgers, P. W. in B., in baarem Gelde 1034 M. Es stellte sich U. heraus, daß der Decan W. von mehreren Capitalisten, deren Zinsen ihm jedoch mit der Einschränkung zustanden, daß er bestimmte Beträge davon an die Kirchenkasse abzuführen habe, diese Beträge seit einer Reihe von Jahren nicht abgeführt hatte. Auch hier hat es eines mehrjährigen Prozeßes mit den Erben des W. bedurft, um die Ansprüche der Kirche den Erben gegenüber durchzusetzen. Es ergiebt sich aus den Acten, daß die Kirchenkassenrechnungen pro 1862—67 nicht geleistet waren, und daß die Erben schließlich gezwungen waren, einen Vergleich anzubieten, weil sie nicht im Stande waren, die ihnen durch Erkenntnis auferlegte Rechnungslegung zu bewerkstelligen. Nun noch einen Fall: Ein sehr trauriges Bild kirchlicher Vermögensverwaltung gewähren die Acten der P. W. in G. Der jetzt noch amirende P. W. ist sehr stark verschuldet, so daß ihm schließlich vom Erzbischof ein Administrator bestellt und das Gehaltszahlungsverfahren eingeleitet werden mußte. Die Untersuchungsacten — immer die erzbischöflichen — wider P. W. ergaben, daß er sich der Unterschlagung von 518 M. Kirchengelder schuldig gemacht hat und daß das Kirchencollegium nur um deshalb auf den Rath eines Rechtsanwalts von der Klage gegen P. W. Abstand genommen hat, damit der Staatsanwalt davon keine Kenntniz erhalten solle. (Hört! Hört!) Infolge eines privaten Uebereinkommens zahlt jetzt P. W. zur Tilgung dieses Defectes vierteljährlich 25 M. zur Kirchenkasse. Demnach verlagte der P. W. zwei Administratoren, den jetzigen Propst D. und dessen Nachfolger, den auch



fest fungenden Administrator Pfarre N. wegen schlechter Führung der Administration und wegen unrichtiger Rechnungslegung. Darauf wird auch gegen diese Geistlichen die Unterordnung eingeleitet. Das von dem Calculator des Erzstifts, einem Geistlichen, abgegebene Gutachten lässt annehmen, daß die Rechnungslegung wie die Administration überhaupt eine sehr mangelhafte gewesen, was auch die spätere Unterordnung beweisen hat. Ein Urtheil in der Unterordnung wieder den P. — nämlich in der erzstiftlichen Unterordnung, Verhandlung vom 21. Januar 1873 — ist bis jetzt noch nicht gefällt. Dagegen ist die Unterordnung gegen die beiden Administratoren vom Erzstift unter der Bedingung niedergelegt, daß sie die Kosten des Verfahrens bezahlen. (Bewegung und hört! hört!) — Ich glaube, der Satz der Motive ist wahr, der da sagt: es liegt auch im Interesse der katholischen Kirchen, daß dieser Entwurf Gesetz werde. (Beifall im Centrum.)

Abg. Windthorst: Die Namen! Die Namen! Cultusminister Falk: Es fällt die Verantwortung auf den Abg. Windthorst. In dem ersten Falle also war es der Herr Pfarre Krzywiakowski in Bistupiec; sein Nachfolger ist der Pfarre Sobesti. Im zweiten Falle ist es der Propst Kieramowski in Gora bei Znin; die Geistlichen waren die Katharina Maslowicz, primo voto Kaczmarek und der Simon Malek. Im dritten Falle ist es der Pfarre und Dekan Maradowski in Slesin. Im vierten Fall — meine Herren, es wird hier ausdrücklich ein Vergehen vorgeworfen, ich bin nicht in der Lage den Namen zu nennen. Die ersten Ausführungen sind worden gesagt haben, daß wenn ich nun Anfangsbuchstaben nenne, es nicht etwa war, um mich der Controle der Betreffenden zu entziehen, sondern lediglich Schöpfung.

Abg. Behrens: Die Frage, welche die Herren Reichensperger und Dausenberg an den Cultusminister gerichtet haben, wo dem bisher eine Mithverwaltung des katholischen Kirchenvermögens bestanden habe, ist, wie ich glaube, so eben hinreichend beantwortet worden. Ich kann Angesichts dieser Mittheilungen nur bedauern, daß es an Zeit gefehlt hat, um ein Gesetz auszuarbeiten, wonach auch die Aufsicht des Staates auf andere Stille kirchlichen Vermögens ausgeübt wird. Wenn behauptet worden ist, daß die Vorlage ohne Analogie in anderen Ländern sei, so erinnere ich an Baden und Württemberg, an Oesterreich, an Belgien, selbst an Italien. Auch in Hannover existirt ein ähnliches Gesetz aus dem Jahre 1848, an welchem Herr Windthorst-Weppen selbst mitgewirkt hat. (Abg. Windthorst: Das ist ganz anders) und welches ebenso wie die Vorlage die Gemeinden an der Vermögensverwaltung theilhaftig. Wo sind denn also die Ideale des Herrn Reichensperger? Sie sind nichts als Phantasien (sehr gut! links) und wenn wir dem Kluge derselben nicht folgen, so reißt er von Verfassungsbruch und Kirchenverfolgung. (Beifall links.) Das österreichische beispielhafte Gesetz geht noch weiter als dieser Entwurf und wird Abg. Reichensperger deshalb nicht behaupten können, in Oesterreich gebe es weniger Kirchenverfolgung als bei uns. Das Centrum wird wahrlich nicht wünschen, daß unser Cultusminister ebenso energisch vorgehe wie der österreichische, Dr. Stremaier und z. B. ein Gesetz vorlege, nach welchem das Vermögen der Klöster und Stiftungen, der reichen Präbenden und der Bischöfe eventuell in Staatsverwaltung genommen werden kann. Redner geht nun auf Einzelheiten der Vorlage ein, und wünscht namentlich, daß dasselbe nicht auf dem linken Rheinufer eingeführt werde, wo es die berechtigste Theilnahme der Civilgemeinde an der Verwaltung des Kirchenvermögens beseitigen würde, und wendet sich zum Schluß an das Centrum: Verwechseln Sie diese Vorlage nicht mit einem Malgesez. Der Satz, daß der deutsche Bürger, welcher bezahlen muß, auch das Recht hat, mit zu rathen, steht sehr fest im Herzen der Bevölkerung, und in ihm es Ihnen auch eine Zeit lang gefänge, plausibel zu machen, man dürfe die Vorlage nicht annehmen, endlich würde auch in der katholischen Bevölkerung der Gedanke durchdringen: derjenige, der eine solche organische, friedliche Vorlage nicht acceptirt, thut es deshalb, weil er die katholische Kirchenverwaltung für unverträglich hält mit dem Recht und der Selbstverwaltung der Gemeinden. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Der Cultusminister hat auf die Frage des Abg. Dausenberg mit Angaben seines Commissars geantwortet, — ich lasse dahin gestellt, wie weit diese einseitig sind. — (Beifall im Centrum.) Ja, für Sie ist ein königlicher Commissar allerdings ein klaffender Felsen! Aber ich erkläre offen: Soweit die Data richtig sind, stimme ich anfs Strengste in die Beurtheilung ein, aber wenn mir gesagt wird, der Kassenausschuß hat 53,000 Thlr. ergeben, vorgefunden haben sich 33,000 Thlr., also ein Plus von 20,000 Thlr. und wenn dann von Unterordnungen die Rede ist, so frage ich: seit wann machen Unterordnungen dann Ueberläufe? (Unruhe links, Ruf: Auf! Auf!) Kommen dann aber in Staats-, Kreis- und Gemeindefällen niemals Defecte vor? (Sehr gut! im Centrum.) Sind nicht aus der Kasse des Oberbergamtes zu Breslau 183,000 Thlr., aus der Gerichtskasse zu Hörter 40,000 Thlr. entwendet worden? (Hört! im Centrum.) Und hat man darum etwa dem Fürstbischöf von Breslau und dem Bischof von Paderborn eine Theilnahme oder Mitaufsicht bei der Verwaltung der Staatsvermögens eingeräumt? (Sehr gut! im Centrum.) Dr. Behrens: pfeifend endlich verweist immer auf die wohlwollende Fürsorge des preussischen Staats, der aus eigenen Mitteln die Geistlichen dotirt und dafür nicht das katholische Kirchengut besteuert. Aber der Staat hat das Kirchengut längst verschluckt, und was er heute giebt, macht noch nicht die Zinsen des säkularisirten Kirchenguts aus. Auch dieses Gesetz giebt die Vermögensverwaltung in letzter Instanz dem Staate; es ist wieder ein Opfer, das der Staatsgott fordert. Gegenwärtig ist dieser Gott eine ganz bestimmte Person (Heiterkeit), aber solche Götter wechseln! Wir hatten das System Wähler, jetzt haben wir das System Falk, wer weiß, was dann kommt? (Auf links: Geläch! Große Heiterkeit.) Und die Majorität der Landesvertretung bringt auf Kosten der katholischen Kirche dieses Opfer; wir haben also hier den Absolutismus der Mehrheit, den gefährlichsten von Allen, weil viele Tyrannen schlimmer sind als einer. (Große Heiterkeit.) Wenn die Motive des Gesetzes immerfort auf die Synodalordnung verweisen, so hätten wir den besten Beweis darin, daß die katholische Kirche in die evangelische Kirchenordnung eingereiht werden soll, wenn wir es nicht ohnehin aus den Verhandlungen wüßten, die der Agent einer deutlichen Regierung mit einem der Bischöfe der Opposition vor dem Concil geführt hat. Für die katholischen Gemeinden liegt ein Bedürfnis in diesem Gesetze nicht vor, sie haben eine Einmündung des Staats nicht verlangt — einige der altkatholischen Gründungen des Cultusministers vielleicht ausgenommen. (Große Heiterkeit.) Seinen eigentlichen Zweck wird übrigens der Entwurf erst erreichen, wenn alle Bischöfe im Gefängnis sitzen, und in Alesfor, ein Landrath oder Regierungsrath die Dörfer verwalte. Dann wirtschaftet er mit dem Regierungspräsidenten fröhlich zusammen, und es ist gar nicht zu befürchten, daß ein Conflict zwischen beiden Völkern ausbrechen wird. (Große Heiterkeit.) Freilich steigt Einem das Blut zu Kopf, wenn man Angesichts der Verhaftungen unserer Bischöfe, der Verbannungen unserer Priester dieses Gesetz als ein Werk des Friedens bezeichnet. Seien Sie ehrlich, und machen Sie einfach folgendes Gesetz: § 1: Die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens wird vom Staate gesteuert; § 2: Der Cultusminister wird mit

der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Da haben Sie die Säkularisation, die Consequenz des Satzes: Eigentum ist Diebstahl. (Große Unruhe.) Präsident v. Bennigsen bemerkt, daß der letzte Hinweis auf das bekannte Diktum nicht mehr parlamentarisch ist, und erwidert dem Redner, sich zu mäßen. Abg. v. Schorlemer-Alst: Das Stiftungsvermögen kann denselben Schicksal wie das Privatvermögen beanspruchen, und die Consequenz des Gesetzes ist nur, daß man auch dieses unter die Verwaltung des Staates stellt. Ich glaube, meine Herren, die Vorbeeren der Schweiz lassen Sie nicht ruhen, und darum will ich Sie zum Schluß an ein Wort von Volksgang Menzel erinnern, das dieser in Bezug auf jenes Land gesagt: „Keine Höhe der Bildung, der Philosophie ist im Stande, ein Volk zu hindern, zu Zeiten die angeborene Bosartigkeit schamlos hervor-zulehren!“ (Beifall im Centrum, Unruhe links.) Die Debatte wird darauf auf Mittwoch vertagt.

### Danzig, den 17. Februar.

Die Session des preussischen Landtages nahm bis jetzt, trotz der Wichtigkeit seiner Arbeiten, einen etwas stillen Verlauf, was für die Erledigung der Geschäfte nicht von Nachtheil war. Man will wissen, daß jetzt wie er etwas stillerisches Leben eintreten soll. Das Centrum soll neue Pläne zum Sturm gegen die Regierung entwerfen haben, und mit der Thätigkeit in Berlin soll gleichzeitig in München in dem vorgestern eröffneten bayerischen Landtag vorgegangen werden nach dem Moskischen Grundplan: Getrennt marschiren, vereint schlagen. Auf der ganzen Linie der Schwarz- und Schwarzen herrscht Leben und Bewegung; die von dem Erzherzog Albrecht inspirirte, gegen Deutschland gerichtete Broschüre, die gleichzeitige Publicationen des Herzogs v. Gramont und eines dänischen Agenten in Paris, die Enthaltungen der „Epoca“ — Alles dieses und noch manches mehr in die Augen fallende scheint auf einen gemeinsamen Ueberrumpfung zu deuten. Fürst Bismarck soll sich für nöthig finden, nächstens wieder selbst in die parlamentarische Arena herabzusteigen. Die Clericalen sind bemüht, die Majorität zu spalten, sie suchen nach liberalen Ködern, sie befürworten Anträge, die im liberalen Geiste stehen, die im Augenblick aber nicht Aussicht auf Erfüllung haben, um dadurch die Liberalen in Conflict mit der Regierung zu bringen. Man flüchtet z. B. der Fortschrittspartei zu, Windthorst-Weppen wollen den aus dem Reichstag bekannten Antrag Hoffmann (gegen Verhaftung der Abgeordneten während der Sitzungsperiode) in anderer Form im Abgeordnetenhaus einbringen, gleichzeitig richtet die „Germania“ an die Abgeordneten die Frage, ob er nicht meinte, daß „unter der Hülle des Culturkampfes manches recht reactionäre Etwas Gesetzgebung durchgeschmuggelt worden ist“, und der Red. erthut seine Wirkung. Mit Pathos theilt heute ein fortschrittliches Organ mit, daß die Fortschrittspartei mit dem Centrum in eine Verleumdung der Parteien um die Initiative in Fragen der Freiheit treten und Windthorst zuvor kommen werde, indem sie eine Declaration des bürgerlichen Art. 84 der preussischen Verfassung beantragen werde. Die „Berle von Weppen“ wird sich in's Häutchen lassen.

Daß der „Culturkampf“ noch immer Anziehungskraft auf das Publikum ausübt, zeigte die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhaus. Während bei den großen Debatten über die Verwaltungsreformen die Tribünen nur mäßig besetzt waren, sah man sie gestern bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchen-Gemeinden überfüllt. Das Hauptinteresse fiel auf die Mittheilungen, welche der Cultusminister über die frühere Vermögensverwaltung in der Diocese Gnesen machte. Dr. Falk war zu diesen Mittheilungen provocirt worden, die ultramontanen Redner hatten ihn ausdrücklich aufgefordert, Beispiele anzugeben, welche die bisherige Verwaltung als eine unordentliche und der Wahrung der Rechte der Katholiken ungenügend waren. Falk konnte nun damit in vollem Maße aufwarten, und das Haus folgte seinen Mittheilungen mit steter Wachsamkeit; das Centrum befand sich in ständiger Verlegenheit. Am Schluß der Falk'schen Rede verlangte Windthorst-Weppen die Nennung der vollen Namen der von dem Minister nur mit den Anfangsbuchstaben bezeichneten Geistlichen und Ord. Dr. Falk kam dieser Aufforderung nach bis auf einen noch lebenden Priester. Vergebens versuchte nachher der Abg. v. Schorlemer-Alst durch an den Haaren herbeigezogene Beispiele den Eindruck dieses verächtlichen Schloßes zu verwischen. — Heute geriet das Abgeordnetenhaus nicht nur die erste Lesung des Gesetzes zu beenden, sondern noch in die Verathung der Wegeordnung einzutreten.

Die „Königliche Zeitung“ läßt sich aus Berlin telegraphiren, die Regierung habe den Beschluß gefaßt, den Accessionsvertrag mit Balbed zu kündigen. An der Richtigkeit dieser Nachricht erlauben wir uns doch stark zu zweifeln. Sie ist um so unwahrscheinlicher, als bis zur Kündigung des Vertrages noch bis zu Ende des nächsten Jahres Zeit ist, die Regierung also gegenwärtig unter der Last weit dringender Geschäfte schwerlich Veranlassung genommen hat, sich über die heikle Frage, was an Stelle des Accessionsvertrages zu setzen sei, schlüssig zu machen.

In Madrid kursiren, wie der „N. Z.“ gemeldet wird, wunderliche Gerüchte über den eintreffenden, den König Alfons nach dem carlistischen Ueberfall bei San Cristobal anzutreten sich gendigt sah. So heißt es, man habe den König zwischen zwei Martern stecken wollen, um ihn so sicherer flüchten zu können; er sei aber zu Pferde geflühen und habe sich möglichst rasch in Sicherheit gebracht. Bei diesem schnellen Ritt sei Graf Miraflores, sein Adjutant, mit dem Pferd gestürzt und habe sich dabei den Arm verlegt. Der Ueberfall sei von so unglücklicher Einwirkung auf das Befinden des Königs gewesen, daß man ihm habe zu Ader lassen müssen. Im Uebrigen soll Alfons ganz unglücklich darüber sein, nicht eine Wunde davon getragen zu haben. Wohl glaublich, aber eine möglichst ungefähliche! Im Allgemeinen schätzt man den Verlust der Regierungstruppen im Norden auf 3000 Tode und Verwundete. Das Regiment Gerona soll deren allein 600 Mann zählen.

In Frankreich herrscht noch immer die bisherige Ungewißheit und Unklarheit. Mac Mahon will sich weder zu rathen noch zu helfen. Am liebsten möchte er wieder Broglie für sich arbeiten

und denken lassen, doch der Herzog ist gegenwärtig der unpopulärste Mann in ganz Frankreich. Am Sonntag bot der Marischall nach einer Unterredung mit Broglie dem Präsidenten Buffet die Bildung eines Cabinets an; der aber schlug aus, da er es für besser hält, daß das jetzige Cabinet bis nach beendeter Discussion über die constitutionellen Gesetze am Ruder bleibe, weil die Aufgabe eines jeden Cabinets nur darin bestehen könne, der Kammer den Abgründ zu zeigen, in welche sie das Land stürzen werde, wenn es die Amtsgewalt des Marischalls nicht constituire. Borgelien Mittags war Ministerrath in der Reichskanzlei. Mac Mahon ersuchte die Minister, bis zur definitiven Benennung der constitutionellen Debatte auf ihren Posten zu verharren. Die Minister erklärten sich hierzu bereit, nur General Chabaud-Latour bestand auf sofortiger Entlassung. Die gemäßigten Rechte, die äußersten Rechte und die äußerste Linke haben beschloffen, die Vermittelungs-vorschläge Bismarck's und Waddington's zu verwerfen. Eine Deputation von zwanzig Mitgliedern der Rechten begab sich vorgestern zum Marischall Mac Mahon und unterbreitete demselben den Text einer Vorlage, welche die constitutionellen Vorlage ersetzen soll und dem Marischall das Veto sowie das Recht, die nächste National-Versammlung auszulösen, gewährt wissen will. Der Marischall erwiderte, er halte es für seine Pflicht, zu überlegen, ob er nicht den äußersten Versuch abzuwarten; übrigens sei er geneigt, den erwähnten Vorschlag anzunehmen, falls dieser letzte Versuch, die constitutionellen Gesetze durchzubringen, gescheitert sei. — Im Ministerrath zeigte sich Mac Mahon sehr ungeduldet über die Debatten des Prozesses Wimpfen, wo schlimmere Dinge gesagt wurden als im Prozeß Bazaine. Er zeigte sich besonders aufgebracht gegen die Generale Ducrot und Lebrun. Die Bonapartisten jubeln über den Ausgang des Prozesses und behaupten, der Gerichtshof habe nicht nur den Kaiser-Cassanac, sondern in ihm auch Napoleon III. wegen des Tages von Sedan freigesprochen.

Der österreichische Kaiser hat Tizza nach Wien rufen lassen, und mit ihm unterhandelt in des Kaisers Namen jetzt Witto über die Coalition der Parteien und die Bildung eines neuen Cabinets. Ein der bisherigen ungarischen Regierung nachstehendes Blatt, der „Közbesz“, erzählt, man habe auch dem bisherigen Finanzminister Ghyczy die Bildung eines neuen Cabinets angetragen. Der alte Staatsmann geizt dazu jedoch keine Lust; er berufe sich auf seine Jahre und auf jenen Gegensatz, welcher zwischen ihm und dem Parlamente bezüglich der Finanzfrage sich herausgebildet hat. In privatem Kreise habe Ghyczy sehr ernste Befürchtungen über die Zahlungsfähigkeit der Staatsschulden geäußert, wenn seine Steuerentwürfe nicht angenommen werden. Jeden Monat, welcher diese Gesetze verzögert, bejahle das Land mit einem Schaden von 600,000 fl. Der Finanzminister, welcher die finanziellen Zustände Ungarns kennt, wie Keiner außer ihm, verborren die den Gedanken, Minister-Präsident zu werden, wenn er dafür einen Theil seiner Vorschläge opfern solle, denn er sei überzeugt, daß dann unter seiner Regierung der Staatsbankrott ausgerufen werden müsse.

### Deutschland.

△ Berlin, 16. Febr. Der Bundesraths-ausschuß für Handel und Verkehr hat das mehrfach erwähnte Programm zu einer Enquete über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter in 9 Punkten abgeändert. Hauptächlich sind die Fragen hinzugefügt: „Welche Verhältnisse sind von Arbeitgebern gemacht, um dem eigenmächtigen Austritt der Lehrlinge bzw. der Gesellen durch contractliche Regelung des Verhältnisses vorzubeugen und wie haben sich dieselben bewährt?“ und „Welche Mittel empfehlen sich, um dem eigenmächtigen Austritt im Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten?“ — Die Mehrheit der westfälischen Abgeordneten hat heute die Frage erwogen: ob die durch das Dotations-Gesetz der Provinz-Bestellen angeordnete Abfindung nicht mit dem bisherigen, von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf derartig in Mißverhältnisse stehe, daß die einstweilige Abfindung der selben der unbefriedigenden Annahme vorgezogen werden müsse. Es kam dabei zunächst zur Sprache, daß insonders in Beziehung auf den Wegbau die Provinz ungünstiger als alle übrigen gestellt sei, indem in den industriellen Bezirken die Abfindung der Chaussees mindestens das Dreifache von dem erforderlichen, was zum gleichen Zwecke in weniger verkehrreichen Gegenden verwandt werden nicht zu geben, daß das zunächstliegende Befestigungs-Material meist sehr schlecht, das entlegene, gute aber überaus theuer sei und daß derjenige Landesbehörden, in welchem der Zustand der Wege einigermaßen dem Bedürfnisse entspreche — das Herzogthum Westfalen — schon seit langen Jahren sich zur Ergänzung der Wegebauleistungen des Staates mit einem Zuschlage von 12% zu den directen Staatssteuern freiwillig belastet habe. Ohne die großen Beträge, welche die Befestigung bezüglich Pensionirung einer bedeutenden Zahl von Wegebauem erfordern darf, zu übersehen, wurde beschloffen, soweit irgend möglich, Materialien zusammen, um eine Uebersicht über die Jahreserfordernisse, welche diese verschiedene Bedürfnisse bisher erfordert haben, zu gewinnen und demnach in Betracht zu nehmen, ob endlich auch die Verwaltung der bezüglichen Fonds und so wichtiger Arbeiten der demaligen noch der ständlichen Gliederung entsprechenden Provinzial-Vertretung anvertraut werden könne.

NLC. Zu die Commission für die Provinzialordnung sind gewählt: Köhler (Vorsitzender), v. Peereemann, Graf Kraschka, Gzawski, Gornig, v. Grothe, Graf Bethusy, Berger, v. Köller, v. Karborski, Daniel, Bender, v. Sander, Tarpusden, Mikael, Hoene, Wulfsheim, Wachs, Sasse, Weber, Erfurt, Köstler, Haken. Für die Verwaltungsgerichte wird diese Commission verstärkt durch: Stas, Frenzel, v. Lohr, Wersdorff, Riple, Schweineberg, Wendorf, Graf Winkingerode; für die Provinz Berlin durch: Runge, Berlin, Richter-Hagen, Richter-Sangerhausen, Riepert, Tschow, Brins Handjery, Tiedemann. Die Commission für das Dotationsgesetz besteht aus: v. Benda (Vorsitzender), Mühlensbed (Stellvertreter),

Stüttner, Knebel, Thilenius, Rische, Strecker, Richter-Hagen, Schröder, v. Sander, Jullienfeldt, Richter-Hagen, v. Schapowski, van Nist in Nidert, Hammacher, Witt, Ottens, Rasse, Stengel, v. Weisell, Raßow.

— Kaiser Wilhelm hat neuerdings der Internationalen Mozartstiftung in Salzburg 2000 Mk. überweisen lassen.

— Ueber den Aufenthalt der Kronprinzessin in Kassel schreibt die „N. N. Z.“: Am Sonntag Abend Nachmittags 3 Uhr 50 Minuten traf die Frau Kronprinzessin hier ein, am Bahnhof von ihren beiden Söhnen erwartet. Am Sonntag besuchte die hohe Frau die Aue und nahm mit dem Prinzen am Schiffschiffen Theil, zu dem sich ein äußerst zahlreiches Publikum auf dem Bassin versammelt hatte, während zwei Militär-Musikcorps munere Weisen erklingen ließen.

— Fürst Bismarck wird, wie es heißt, schon gegen Ende dieses Monats nach seiner Lauenburgischen Besitzung überfiedeln und dort zur Stärkung seiner Gesundheit den ganzen Sommer bleiben.

— Der preussische Minister, welche zugleich Abgeordnete sind, haben gebeten, ihnen den „Sammlersprung“ zu erlassen, welcher nach dem Muster des Reichstages im Abgeordnetenhaus eingeführt werden soll. Sie möchten wie der Präsident vom Plage aus ihre Stimmen abgeben. Im Abgeordnetenhaus erscheint man aber die ministerielle Würde für nicht gefährdet, auch wenn eine Excellenz einmal auf einige Sekunden die Ministerbank verläßt und sich vor eine Thür in das Gedränge gewöhnlicher Menscheninder begiebt.

— Der Bundesrath hat den Großherzoglich Hessischen Hofgerichtsrath Buff in Darmstadt zum Mitglied des Reichs-Ober-Handels-Gerichts ernannt.

— Infolge telegraphischer Meldung des Commandanten der Corvette „Gazelle“ aus Athab (Hinterindien) vom gestrigen Tage ist die Beobachtung des Venusdurchganges auf Kerguelen gelungen.

— Unter preussischer Staat betreibt zur Zeit eine Reihe von Geschäften, die ihm recht ansehnliche Summen abwerfen. In seiner Eigenschaft als Bankier (die nun freilich mit der Gründung der Reichsbank ihr baldiges Ende erreichen wird) zieht er von der Preussischen Bank einen Gewinn von 8,498,000 Mk. (d. h. ein Mehr von 1,655,000 Mk. gegen das Vorjahr); während er als Besitzer des Seebadungs-Instituts für das laufende Jahr 3,742,767 Mk. (gegen das Vorjahr ein Minus von 1,850,000; siehe „Kraich“), als Generalverwalter seiner Unterthanen mit „Lotterielosen“ eine Provison von 3,961,000 Mk. als „Druckereibesitzer“ 448,000 und aus der „Münzverwaltung“ einen Ueberschuß von 291,370 Mk. erzielt. Minde glücklicherweise vorerst unter Staat als „Porzellanfabrikant“ und als „Zeitungsbesitzer“. Die Porzellanmanufaktur bringt nun einen Ertrag von 30,900 Mk., zum Gesellschafter des Comoir muß er 11,800 Mk. und zum „Staatsanzeiger“ gar 15,000 Mk. Zufuß leisten. Nach Abzug dieser beiden letzten genannten Posten verbleibt der Staat an seinen mannigfachen geschäftlichen Unternehmungen im laufenden Jahre die Summe von 16,945,237 Mk.

— Ueber eine auf dem Kasernenshiff „Geben“ im Kieler Hafen an zwei Matrosen vollzogene Zwangswaschung waren allerhand Gerüchte in's Publikum gedrungen, denen jetzt in der „Kölg. f. Schlesw.-Holst.“ Niemand geringeres als Admiral Werner eine Verurteilung gegenüberstellt. Inbald derselben sind die zwangsweise Gewaschenen unbefriedigt unzufrieden, und bei der Waschung sind nicht Ziegelsteine, Sand und Salz, sondern nur Soda, Seife und Bürste (!) gebraucht worden, auch hat die Prozedur nicht auf einem neben dem Schiff liegenden Floß, sondern in dem überdachten Gallion des Schiffes stattgefunden. Die zur Waschung commanadirten Matrosen sind nicht unter Strafanordnung für den Weigerungsfall commanadir und die Hilfe des Arztes nicht verweigert worden. Bismarck hat eine ärztliche Untersuchung angetragen auf ausdrücklichen Befehl des Abtheilungsführers, und der Arzt hat an dem Körper der beiden „einsame leichte Abschürfungen (!) der Oberhaut“ gefunden und Schonung verordnet, die ihnen auch gewährt worden ist. Die „Gefaschten“ sagen aus, daß sie nicht die Absicht haben, sich zu beschweren, auch nicht durch Zureden davon abgehalten worden sind.

— S. M. Brigg „Antine“ traf am 16. Januar c. vor Rosenau Niede auf Dom nique ein, verblieb daselbst bis zum 20. d. M. und ging am 21. in Prince Rupert's Bay zu Anker. — S. M. S. „Arcona“ hat am 12. Dezember v. J., Nachmittags die Rube von Chesoo verlassen und ist am 18. d. M. in den Hafen von Nagasaki eingelaufen.

— In Betreff der Ausführung der Bahnlinie Posen-Colberg steht nunmehr, wie der „Pos. Ztg.“ gemeldet wird, definitiv fest, daß die Strecke Schneidemühl-Posen über Odiembow (Nittergut des Herrn von Althaus), Chodjelen, Rogasen zc. zur Ausführung gelangt. Ueber die der Richtung Schneidemühl-Colberg jedoch ist noch keine Entscheidung getroffen.

— Der so lebhaft belämpfte Entwurf einer neuen Geschäftsordnung wurde in der letzten Stadtverordneten-Versammlung mit 47 gegen 29 Stimmen angenommen. Der Magistrat wird sich baldmöglichst über denselben schlüssig machen.

— Als Nachfolger des Hrn. Wiese, dessen Demission die „Rzg.“ jetzt bestätigt, wird von der „Pos. Ztg.“ Prof. Bonts genannt.

— Der Ober-Tribunal-Rath Bierhaus hierseits ist zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Frankfurt a. M. mit dem Charakter als Geheimrath-Ober-Rath, und der Ober-gerichts-Director, Präsident Rühne in Celle zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Grifswald ernannt worden.

— Aus Ostrow schreibt man der „Pos. Ztg.“: Auch Ostrow gehört zu den 10 Städten der Provinz, in welchen die Wahl- und Schachsteuer aufgehoben worden ist. Die Steuerverhältnisse haben dadurch folgende Veränderungen erfahren: 1. Der Staat bezog bisher: a) an Wahlsteuer 5561 Thlr., b) an Schachsteuer 5812 Thlr., c) an klassificirter Einkommensteuer (bisher 20 Thlr. Steuervergütung) 4938 Thlr. Summa 16,311 Thlr.



Mon.	Wochentag	Wetter	Thermometer in Paris	Wind und Wetter.
6	4	339,93	— 4,2	S. klar, heizen.
7	8	339,91	— 11,0	S. klar, hell, wolkig.
12	12	339,07	— 7,6	S. klar, hell, klar.







# Beilage zu No. 8978 der Danziger Zeitung.

Danzig, 17. Februar 1875.

## Provinzielles.

**C. Strasburg, 16. Febr.** Im Monat November v. J. wurde ein in Gorzno wohnender preussischer Staatsbürger nach seiner und nach der Aussage einer preussischen Frau, als er auf preussischem Gebiete dicht an der russischen Grenze ging, von russischen Grenzsoldaten festgenommen, auf russisches Gebiet geschleppt, dort gemißhandelt und mehrere Tage festgehalten. Auf die von den diesseitigen Behörden sofort gestellten Anträge wurde er zwar entlassen, die Russen behaupten aber, bei dieser Verhaftung im Recht gewesen zu sein, denn der Preusse habe sich auf russisches Gebiet befunden und sei dort festgenommen, sowie mit der gesetzlichen Strafe belegt worden, weil er ohne jede Legitimation die russische Grenze überschritten habe. Dieser russische Gewaltact wird also ohne jede Genugthuung bleiben und der Verhaftete dafür gebüßt haben, daß er mit den Russen nicht Branntwein trinken wollte. — Im Anschlusse daran macht der Minister des Innern jetzt darauf aufmerksam, daß die russischen Behörden nach den Vorschriften des dort bestehenden Pass-Reglements nicht in der Lage sind, das Ueberschreiten der russisch-polnischen Grenze zu gestatten, wenn die Pässe nicht mit dem erforderlichen Visa eines russischen Vertreters im Auslande versehen sind. Diese Bestimmung des russischen Pass-Reglements bezweckt weiter Nichts als nur unter Beachtung einer vollständig überflüssigen Förmlichkeit die Vereinerung der russischen Consulate. — Mit dem 18. d. M. eröffnet Herr Director Urban im Astmann'schen Saale mit einer Schauspiel- und Operetten-Gesellschaft einen Occlus-theatralischer Vorstellungen. — Der hiesige Kreis-Ausschuß fordert diejenigen Referenten und Landwehrleute, welche aus dem durch das Reichsgesetz vom 22. Juni 1874 bewilligten Unterstützungsfonds Darlehen erhalten haben, auf, die am 1. October 1873 fällig gewesene Rate derselben binnen 14 Tagen, alle weiteren Raten aber unaufgefordert pünktlich am 1. October jeden Jahres an die hiesige Kreis-Communal-Kasse bei Vermeidung der gerichtlichen Klage zu zahlen. Bei der jetzigen arbeits- und verdienstlosen Zeit werden die Schuldner die Reste, größtentheils von je 15 M., in 14 Tagen nicht zahlen können, man wird wohl damit warten müssen, bis die betreffenden Leute wieder Arbeit und Verdienst haben werden.

\* Königsberg, 17. Febr. Der Magistrat hat jetzt, nach der „Dipr. Btg.“, das von den Stadtverordneten gewünschte Verzeichniß des städtischen Baupersonals eingereicht. Darnach werden besoldet: I. Aus dem allgemeinen Verwaltungsfonds: der Stadtbaumeister R. mit 133% A pro Monat, der 2. Stadtbaumeister K. mit 200% A jährlich und der Baupsecretär mit 54% A monatlich; II. aus dem Bauhof: 3 Aufseher mit je 33% A monatlich, 1 Bauassistent mit 66% A monatlich; III. aus dem Wasserleitungsfonds: 1 Assistent mit 90% A monatlich, 1 Assistent mit 75% A monatlich, 1 Ingenieur mit 150% A monatlich, 2 Aufseher mit je 25% A monatlich, 1 Oberaufseher mit 100% A monatlich, 1 Werkführer mit 60% A monatlich, 1 Aufseher mit 40% A mon.

1 Techniker mit 45 A mon., 1 Hilfsaufseher mit 1 A täglich, 1 Aufseher mit 30 A mon., 1 Geometer mit 3 A täglich. Das macht zusammen 15,000 A jährlich. Dazu kommt noch das Gehalt des Stadtbauraths mit 2200 A jährlich und seine Diäten von 50 A monatlich für die Dauer des Wasserleitungsbauens, endlich der Tagelohn für die Auslager der Steinplastermaterialien mit 1500 A jährlich. Die Personal-Kosten für die Bauverwaltung betragen also pro anno 19,800 A. Dabei ist nicht in Anschlag gebracht, daß Branddirector und Brandmeister den größten Theil ihrer Dienststunden mit Bausachen zu thun haben. Die Etatsprüfungs-Commission beantragte und die Stadtverordneten-Versammlung erhob den Antrag zum Beschluß, den Magistrat aufzufordern, daß er bei jedem dieser genannten Posten den Nachweis führe, daß er zur Besetzung berechtigt war, ferner, daß er in allen Fällen der Gehaltserhöhung nachweise, auf welchem Rechtstitel diese beruhe.

— Die innere Ausstattung des großen Börsensaales ist nun so weit gefördert, daß die Einweihung des Saales voraussichtlich den 2. März stattfinden wird. Das damit verbundene Diner ist für 500 Personen in Aussicht genommen. Gegenwärtig ist man dabei, die beiden Kronleuchter mit je 80 Flammen anzubringen, außer diesen befinden sich indeß ringsum zwischen den Säulen noch eine Menge Wandandelaber mit je 3 Flammen. Den ganzen Börsenbau anlangend, so hat der Baumeister sich etwas stark verrechnet; der Bau wird statt 402,000 A gegen 600,000 A kosten. — Der seit anderthalb Wochen verschwundene Buchhalter Gerhardt aus dem Wallison'schen Geschäft hat, wie sich herausgestellt, 200 A bei seiner Entfernung aus demselben unterschlagen, die Stadt aber gar nicht verlassen gehabt. Nachdem ihm das Geld ausgegangen, meldete er sich gestern selbst auf der Criminal-Polizei, offen den Defect eingestehend. Er ist der Staatsanwaltschaft überwiesen. — Der Montag früh um 9 Uhr erwartete Jagdzug verspätete um mehr als eine Stunde, indem bei Löwenhagen die Locomotive einen Reifensprung und der Postwagen mehrfache Beschädigungen erfahren hatte. (Dipr. B.)

Δ Osterode, 15. Febr. Am 19. und 22. d. stehen im Gasthof zum schwarzen Adler resp. im Hotel du Nord hieselbst wiederum Picitationsstermine zum Verkauf größerer Quantitäten Bau- und Brennholz aus den Forstrevieren Liebenmühl und Taberbrück an. — Die Vorlage des Magistrats und der Schuldeputation, die Erhöhung der Lehrergehälter betreffend, hält ihren Winterschlaf bei der Stadtverordneten-Versammlung. Da die Sache einerseits, wie es den Anschein gewinnt, überhaupt wenig Aussicht auf Genehmigung der Versammlung hat, mit den gegenwärtigen Gehältern andererseits aber auch bei größter Sparsamkeit nicht durchzukommen ist, so geht ein Theil des hiesigen Lehrer-Collegiums mit der Absicht um, seine Stellung an den hiesigen Schulanstalten aufzugeben und zieht den letzteren, wie wir hören, schon in nächster Zeit wiederum der Verlust einiger ihrer besten Kräfte bevor.

## Bermischtes.

— Die beiden letzten Hefte, Januar und Februar, von „Bestermann's Illustrirten Deutschen Monatsheften“ enthalten die Novellen: „Der schlimme Finger“ von Otto Roquette und „Fran Salome“ von W. Raabe, 2 glänzende poetische Leistungen. Nicht minder anmuthend in ihrer originellen Frische sind die Skizzen „Aus der Waldheimath“ von H. R. Kossegger. Außerdem enthalten sie eine Schilderung der Bernsteinengewinnung von Julius Bacher; eine Erinnerung an „David Strauß“ von Robert Waldmüller; eine äußerst interessante Arbeit über die Austrodung des Züder-See in Holland, und eine naturhistorisch-culturgeschichtliche Untersuchung über den „Salamander“ von F. Richterfeld. Außerdem liefern der Mineraloge Jacob Röggerath, ferner Moriz Carriere, Karl Braun u. A. Aufsätze.

— Aus München wird der „Schles. Btg.“ über den literarischen Nachlaß Kaulbach's geschrieben: „Fast ebenso reich wie die hinterlassenen Mappen sind, stellt sich der literarische Nachlaß des großen Mannes dar: die Correspondenz, oder vielmehr der Conflict, der über die Ausführung des Reformationsbildes entstanden ist, umfaßt allein ein Convolut von etwa hundert Briefen, unter denen Ranke, Olfers, Mühlner, Bethmann-Hollweg und andere Namen aus der Berliner Welt zahlreich vertreten sind. Mehrfache Entwürfe für König Max II. (unter andern ein Echlus aus dem Leben des gedachten Kaisers Ludwig des Bayern) und Briefe von allen erdenklichen Celebritäten liegen in Menge vor, unter den eigenen Aufzeichnungen des Meisters aber ist besonders ein tagebuchartiges Concept interessant, das seine ersten Münchener Eindrücke betrifft (1826).“

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 16. Febr. Effecten-Societät: Creditactien 202 1/2, Franzosen 264 1/2, Lombarden 118 1/2, Galizier 213, Franz-Josefsbahn 147 1/2, Oberbessen 74 1/2, Maininger Bank 90 1/2, 1860er Loose 117, Creditloose 354, Ungarische Staatsloose 178. Sehr fest.

Hamburg, 16. Februar. [Productenmarkt.] Weizen loco geschäftlos, auf Termine flau. Roggen loco geschäftlos, auf Termine flau. Weizen 7er Febr. 126 1/2, 1000 Kilo 184 Br., 182 Ob., 7er April 126 1/2, 180 Br., 179 Ob., 7er Mai-Juni 126 1/2, 181 Br., 180 Ob., 7er Juni-Juli 126 1/2, 182 Br., 181 Ob. — Roggen 7er Febr. 1000 Kilo 150 Br., 148 Ob., 7er April-Mai 142 Br., 141 Ob., 7er Mai-Juni 141 Br., 140 Ob. — Hafer geschäftlos. — Gerste still. — Rüböl ruhig, loco und 7er Febr. 56 1/2, 7er Mai 7er 200 1/2, 55 1/2. — Spiritus geschäftlos, 7er 100 Liter 100 1/2, 7er Febr. 44 1/2, 7er April-Mai 45, 7er Mai-Juni 45, 7er Juni-Juli 45 1/2. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum höher, Standard white loco 12,75 Br., 12,65 Ob., 7er Febr. 12,75 Ob., 7er Febr.-März 12,60 Ob., 7er August-Dez. 12,75 Ob. — Wetter: Thaumwetter.

Amsterdam, 16. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen 7er März 179, 7er Mai 175 1/2, 7er October 177 1/2.

London, 16. Febr. [Schluß-Course.] Consols 93 1/2. 5% Italienische Rente 68 1/2. Lombarden 117 1/2. 5% Russen de 1871 101 1/4. 5% Russen de 1872 101 1/4. Silber 57 1/2. Türkische Anleihe de 1865 43 1/2. 6% Türken de 1869 57 1/2. 6% Vereinigt. Staaten 7er 1882 104 1/2. 6% Vereinigt. Staaten 5% fundirt 103. Oesterreichische Silberrente 68 1/2. Oesterreichische Papierrente 64 1/2. — 6% ungarische Schatzbonds 91 1/2. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 89 1/2. — Aus der Bank flossen heute 15,000 Pfd. Sterl. Spanier 23 1/2. — Wechselnotirungen: Berlin 20,70. Hamburg 3 Monat 20,70. Frankfurt a. M. 20,70. Wien 11,35. Paris 25,42. Petersburg 32 1/2.

Liverpool, 16. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 7 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Dornra 5 1/2, good fair Dornra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2. — Ruhig. Surats matt. Amerikanische Verschiffungen theilweise A billiger.

Liverpool, 16. Februar. Getreidemarkt. Weißer Weizen 1, rother 2, Mehl 6, Mais 12 d niedriger.

Paris, 16. Febr. [Schlußcourse.] 3% Rente 64, 45. Anleihe de 1872 101, 55. Italienische 5% Rente 68, 85. Italienische Tabaks-Actien —. Franzosen 651, 25. Lombardische Eisenbahn-Actien 296, 25. Lombardische Prioritäten 245, 50. Türken de 1865 43, 60. Türken de 1869 295, 06. Türkenloose 127, 50. — Lastlos. Spanier extér. 23 1/2, do. intér. 18 1/2.

Paris, 16. Febr. Productenmarkt. Weizen ruhig, 7er Februar 24, 25, 7er März-April 24, 25, 7er Mai-August 25, 00, 7er Juni 24, 75. Mehl bebt, 7er Februar 51, 50, 7er März-April 51, 75, 7er Mai-August 53, 50, 7er Juni 52, 75. Rüböl fest, 7er Februar 72, 25, 7er März-April 74, 00, 7er Mai-August 74, 50, 7er Septbr.-Dez. 76, 50. Spiritus bebt, 7er Februar 53, 50, 7er Mai-August 54, 00.

Petersburg, 16. Febr. [Schlußcourse.] Lombardische Wechsel 3 Monat 33 1/2. Hamburger Wechsel 3 Mon. 286 1/2. Amsterdamer Wechsel 3 Mon. 163 1/2. Pariser Wechsel 3 Monat 351 1/2. 1864er Prämien-Anl. (gestp.) 194 1/2. 1866er Präm.-Anl. (gestp.) 194 1/2. Impériale 5, 95 1/2. Große russische Eisenbahn 156 1/2. Russische Bodencredit-Pfandbriefe 103 1/2. — Productenmarkt. Taig loco 49, 00, 7er August 48, 25. Weizen 7er Mai 9, 50. Roggen 7er Mai 6, 50. Hafer loco 5, 00, 7er Mai 4, 75. Hafer loco —. Weizen (9 Pud) 7er Mai 12, 50. — Wetter: 4 Grad Ralte.

Antwerpen, 16. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen weichend, Doffa 17 1/2. Hafer stetig. Gerste behauptet. Vendeé 23. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 30 bez., 30 1/2 Br., 7er Fe-



New-York, 15. Febr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C., Goldagio 14%, <sup>5</sup>/<sub>32</sub> Bonds für 1885 1 9/16%, do. 5% fundirte 1 15, <sup>5</sup>/<sub>32</sub> Bonds für 1887 1 19/16%, Eriebahn 28 1/2, Central-Pacific 96 1/2, New-York Centralbahn 101 1/2. Höchst Notirung des Goldagios 14%, niedrigste 14 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in New-York 15 1/2, do. in New-Orleans 14%, Petroleum in New-York 14, do. in Philadelphia 13 1/2, Mehl 4 D. 90 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D. 18 C., Weis (old mixed) 91 C., Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2, Kaffee (Rio-) 18 1/2, Schmalz (Market Butter) 14 1/2 C., Speck (Port clear) 10 1/2 C., Getreidefracht 8 1/2.

Königsberg, 16. Februar. (b. Portatius & Grothe)  
Weizen 7/1000 Rilo hochunter 128<sup>h</sup>. 167, 130/16<sup>h</sup>.  
170, 181<sup>h</sup> 171.75, 175.25, 132/3<sup>h</sup> 173, 133/4<sup>h</sup> 174,  
ruff 125<sup>h</sup> 171.75, 126<sup>h</sup> blaup. 160, 162.25 M bes.  
bunter 131/2<sup>h</sup> 166, ruff. 120<sup>h</sup> bei. 157.75, 122<sup>h</sup>  
155.25, 123/4<sup>h</sup> 162.75, 124/5<sup>h</sup> bef. 160, blaup.

150,50, 126 $\frac{1}{2}$  157,75, 127 $\frac{1}{2}$  164,75, 128 $\frac{1}{2}$  167, 130 $\frac{1}{2}$   
167 R $\frac{1}{2}$  bez., rother 130 $\frac{1}{2}$  162,25, 131 $\frac{1}{2}$  164,75, ruff.  
126 $\frac{1}{2}$  160 R $\frac{1}{2}$  bez. — Roggen  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo inländi-  
scher; 118 $\frac{1}{2}$  126,25, 120 $\frac{1}{2}$  122,50, 125, 122/3 $\frac{1}{2}$  131,25  
124/5 $\frac{1}{2}$  135, 125 $\frac{1}{2}$  135, 126 $\frac{1}{2}$  137, 126/7 $\frac{1}{2}$  137,50 R $\frac{1}{2}$   
bez., fremder: 114 $\frac{1}{2}$  115, 115 $\frac{1}{2}$  118, 116 $\frac{1}{2}$  118,  
117/8 $\frac{1}{2}$  119,50, 118 $\frac{1}{2}$  121, 118/9 $\frac{1}{2}$  122,50, 120 $\frac{1}{2}$  und  
121 $\frac{1}{2}$  128,75, 120/1 $\frac{1}{2}$  127,50, 121 $\frac{1}{2}$  128,75, 121/2 $\frac{1}{2}$   
129 R $\frac{1}{2}$  bez. — Gerste  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo groÙe 125,57,  
142, 142,75 R $\frac{1}{2}$  bez., kleine 114,25, 117, 118,50, 120,  
121,50 R $\frac{1}{2}$  bez. — Hafer  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo loco 148, 149,  
ruff. 140, 141, 142, 145, 146, fein 148, schwarz 146 R $\frac{1}{2}$   
bez. — Erbsen  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo weiÙe 154 R $\frac{1}{2}$  bez. —  
Bohnen  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo 173,25, 175,50 R $\frac{1}{2}$  bez. — Weizen  
 $\frac{1}{2}$  1000 Rilo 184,50, 185,50, 188,75, 192, 193,25 R $\frac{1}{2}$   
bez. — Buchweizen  $\frac{1}{2}$  1000 Rilo 186 R $\frac{1}{2}$  bez. — Leinsaat  
 $\frac{1}{2}$  1000 Rilo feine 206, 208,50, 222,75 R $\frac{1}{2}$  bez. —  
Speisens  $\frac{1}{2}$  10,000 Liter  $\frac{1}{2}$  ohne FaÙ in Koffen von  
1000 Liter und darüber loco 57 $\frac{1}{2}$  R $\frac{1}{2}$  Dr., 56 R $\frac{1}{2}$   
Ob., Februar 57 R $\frac{1}{2}$  Dr., 56 R $\frac{1}{2}$  Ob., März 58 R $\frac{1}{2}$   
Dr., 57 R $\frac{1}{2}$  Ob., Frühjahr 59 $\frac{1}{2}$  R $\frac{1}{2}$  Dr., 59 R $\frac{1}{2}$  Ob.,  
Mai-Juni 61 R $\frac{1}{2}$  Dr., 60 R $\frac{1}{2}$  Ob., Juni 62 R $\frac{1}{2}$   
Dr., 61 R $\frac{1}{2}$  Ob., Juli 63 R $\frac{1}{2}$  Dr., 62 R $\frac{1}{2}$  Ob., August  
64 R $\frac{1}{2}$  Dr., 63 R $\frac{1}{2}$  Ob., September 65 R $\frac{1}{2}$  Dr.,  
64 R $\frac{1}{2}$  Ob.

Stettin, 16. Febr. Weizen *pro* Frühjahr 179,00 *RM*  
*pro* Mai-Juni 179,00 *RM* — Roggen *pro* Februar 146,00  
*RM*, *pro* Frühjahr 141,00 *RM*. *pro* Mai-Juni 138,50 *RM*.  
 Hafer 1100 *Stück*. *pro* Februar 51,00 *RM*, *pro* April  
 Mai 51,50 *RM* — Spiritus loco 55,50 *RM*, *pro* Februar  
 57,00 *RM*. *pro* April-Mai 58,70 *RM*, *pro* Juni-Juli  
 59,80 *RM*. — Winterhäfen niedriger, *pro* 2000 *Stück*  
 loco 250—255 *RM* bez., *pro* März-April 263—262 *RM* bez.  
*pro* April-Mai 264—263—262,50 *RM* bez., *pro* Sep-  
 tember-October 254 *RM* bez. — Petroleum loco 13,40 *RM*  
 bez., Regulirungspreis 13 *RM*, Februar 12,90—13 *RM*  
 bez., September-October 12—12,20—12,25—12,50—  
 12,75 *RM* bez. u. Br.

Berlin, 16. Febr. Weizen loco pro 1000 Kilogr.  
 162—200 Rk nach Qual gefordert, pro April-Mai  
 176,00—175,00 Rk bez., pro Mai-Juni 177,50—176,50  
 Rk bez., pro Juni-Juli 180,00—179,50 Rk bez., pro  
 Juli-August 182,00—181,50 Rk bez., Roggen loco  
 pro 1000 Kilogr. 138—160 Rk nach Qual gefordert,  
 pro Febr. 141,50—140,00 Rk bez., pro Febr.-März 141,50—  
 140,00 Rk bez., pro Frühjahr 141,50—141,00 Rk bez.,  
 pro Mai-Juni 140,00—139,00 Rk bez., pro Juni-Juli  
 140,00—139,00 Rk bez., Gerste loco pro 1000 Kilogr.  
 144—190 Rk nach Qual gefordert, pro Oaser loco  
 pro 1000 Kilogr. 158—189 Rk nach Qual gefordert

Erbsen loco  $\text{pro}$  1000 Kilogr. Roggenware 187—234  $\text{R}$   
 nach Dual. Futtermware 177—186  $\text{R}$  nach Dual. —  
 Weizenmehl  $\text{pro}$  100 Kilogr. brutto unverf. incl.  
 Sad  $\text{No.}$  0 26,00—25,00  $\text{R}$ ,  $\text{No.}$  0 u. 1 24,75—23,00  $\text{R}$ .  
 Roggenmehl  $\text{pro}$  100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sad  
 $\text{No.}$  0 23,00—22,00  $\text{R}$ ,  $\text{No.}$  0 u. 1 21,00—20,00  $\text{R}$ .  
 $\text{pro}$  Febr. 20,50—40  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Febr.-März 20,50—40  
 $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  März-April 20,50—40  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  April-  
 Mai 20,50—40  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Mai-Juni 20,50—40  $\text{R}$   
 bez.,  $\text{pro}$  Juni-Juli 20,50—40  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Juli-  
 August do. — Weizen  $\text{pro}$  100 Kilogr. ohne Faß 62  $\text{R}$ .  
 — Rüböl  $\text{pro}$  100 Kilogr. loco ohne Faß 53  $\text{R}$  bez.,  
 $\text{pro}$  Febr. 53  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Febr.-März 53  $\text{R}$  bez.,  
 $\text{pro}$  April-Mai 53,5—53,53  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Mai-Juni  
 54  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Septbr.-Octbr. 57  $\text{R}$  bez. — Petroleum  
 raff.  $\text{pro}$  100 Kilogr. mit Faß loco 27,5  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$   
 Febr. 27  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Febr.-März 26  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$   
 Septbr.-Octbr. 26,70—27,60  $\text{R}$  bez. — Spiritus  
 $\text{pro}$  100 Liter à 100% = 10,000% loco ohne Faß 56,3  $\text{R}$   
 bez., mit Faß  $\text{pro}$  Febr. 57,5—8  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Febr.-  
 März 57,5—8  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  April-Mai 58,2—4  $\text{R}$  bez.,  
 $\text{pro}$  Mai-Juni 58,3—4—5  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Juni-Juli  
 59,2—4  $\text{R}$  bez.,  $\text{pro}$  Juli-August 59,9—60,2  $\text{R}$  bez.,  
 $\text{pro}$  August-Septbr. 60,3—4  $\text{R}$  bez.

Die Stimmung war heute besser, namentlich zeigte sich eine beruhigtere Stimmung auf dem Gebiete der tonangebenden Eisenbahnwerthe. Die internationalen Speculationspapiere zogen im Course an und schloßen fast sämmtlich mit höchster Notiz. Disconto-Commandit erscheint künstlich getrieben, da die

Avance der Course wohl kaum in dem Verkehr Verbindung findet. Die auswärtigen Staatsanleihen bewegen sich in festerer Haltung und ließen auch ein frischeres Leben erkennen. Oesterr. Renten behaupteten sich gut. Oesterr. 1860er Loose desgleichen; Italiener und Türken gingen rege um. Amerikaner sehr ruhig.

und unverändert. Von Russischen Werthen zogen nur Bahnen lebhafteres Interesse auf sich. Preussische und andere Deutsche Fonds gingen bei festem Course ziemlich rege um. Eisenbahn-Prioritäten waren recht fest. Auf dem Eisenbahnmärkte bewirkten die Dedungen einige Courseerhöhungen, im Ganzen blieb

das Geschäft aber weniger belangreich. Bankactien blieben minder beachtet. Industrie-Papiere sehr still. Bergwerke matt. Wechsel matt, Russ. Valuta steigend.

† Zinsen vom Staate garantiert

[illegible]

Verantwortlicher Redakteur S. Röckner.  
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.